

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Auflage 16,400.
Abonnementpreis viertel, 4 1/2 Mk.,
incl. Postgebühren 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.,
jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagungspreis 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühren 30 Pf.,
mit Postgebühren 40 Pf.
Inskripte 60 Pf. pro Zeile 20 Pf.,
andere Sorten laut unserem Preis-
verzeichnis.
Tabelle für den nach anderen Tarif.
Reklamen unter den Redaktionsbriefen
die Spalte 40 Pf.
Inskripte sind stets an die Expedition zu
senden. — Abdruck wird nicht gegeben.
Zahlung pro numerando oder durch Post-
scheck.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaktion und Expedition
Schneckenstraße 33.
Sprechstunden der Redaktion:
Montags 10—12 Uhr.
Dienstags 4—6 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Cotta'sche Buchhandlung, Hauptstraße 22,
Leipzig, und Poststraße 18, 2,
nur bis 1/2 3 Uhr.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 8.

Sonnabend den 8. Januar 1881.

75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 9. Januar Vor-
mittags nur bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amthlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Amtsrechnung zeigt mit dem 15. Januar. In diesem Jahr sind die Einnahmen aus den Steuern der inneren Stadt bis zum 31. Dezember 1879 zu 1,500,000 Mk. und die Ausgaben zu 1,500,000 Mk. Die auf den 1. Januar 1880 zu verbleibenden Einnahmen und Ausgaben sind 1,500,000 Mk. und 1,500,000 Mk. Die auf den 1. Januar 1880 zu verbleibenden Einnahmen und Ausgaben sind 1,500,000 Mk. und 1,500,000 Mk.

Bekanntmachung.

Der am 13. Juni 1879 hier verordnete Director der Stadt Leipzig ist in seinem letzten Willen
a) 1000 A. zu einer Pensionszahlung für die Wittwen von Rath und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
b) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
c) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
d) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig

Bekanntmachung.

Der am 13. Juni 1879 hier verordnete Director der Stadt Leipzig ist in seinem letzten Willen
a) 1000 A. zu einer Pensionszahlung für die Wittwen von Rath und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
b) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
c) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
d) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig

Bekanntmachung.

Der am 13. Juni 1879 hier verordnete Director der Stadt Leipzig ist in seinem letzten Willen
a) 1000 A. zu einer Pensionszahlung für die Wittwen von Rath und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
b) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
c) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
d) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig

Bekanntmachung.

Der am 13. Juni 1879 hier verordnete Director der Stadt Leipzig ist in seinem letzten Willen
a) 1000 A. zu einer Pensionszahlung für die Wittwen von Rath und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
b) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
c) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
d) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig

Bekanntmachung.

Der am 13. Juni 1879 hier verordnete Director der Stadt Leipzig ist in seinem letzten Willen
a) 1000 A. zu einer Pensionszahlung für die Wittwen von Rath und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
b) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
c) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig
d) 1000 A. der Wittwen für die Wittwen und Pensionerinnen zu Leipzig

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 8. Januar.

In dem Bericht des Finanz- und Steuerreform-Commissions, die der inneren Politik behufs des Ansehens türkischer Zustände geben, ist in den letzten Tagen ein sehr werthvoller Beitrag eingetroffen. Derselbe hat eingehend über die preussische Steuerreform berichtet, die in der That eine klare Position angenommen, fernern ihre letzten Ziele sind und bleiben schwebend; die Union eines Compromisses, wenn anders ein solches zwischen den bestehenden Gegenständen überhaupt gefunden werden soll, lassen sich nicht ausser Acht lassen. Nichts bedingt die Unmöglichkeit der Lage besser, als das die „Recht. Allg. Ztg.“ in einem vorläufigen Bericht einen wahren Einblick in die Gegenstände der „gemeinlich“ über den aus- und einwärts gerichteten Verkehr gemacht werden. „Wenn die Regierung die Unterlegung anderer Seiten wolle.“ Das der Verordnungsgegenstand des Herrn Ritter nicht auf die Majorität stehen darf, da nur die Conservativen hinter denselben stehen, ist indessen von Bedeutung zu sein, dass es die Regierung, wenn es ihr mit ihren Reformplänen Ernst ist, in der That gar nicht vermeiden kann, ihrerseits Bildung mit auszulagenden Parteien zu suchen. Die Ansetzung, dass es das Centrum sein werde, welches Herrn Ritter die Kohärenz aus dem Feuer holen will, wird für die liberale Seite nicht ohne Bedenken sein. Soll von dem neuen Steuerreformplan für das Reich wie für Preußen auch nur ein Theil durchgeführt werden (von der Realisirung des Ganzen kann überhaupt nicht die Rede sein), so wird dies unter allen Umständen nur mit Hilfe der Nationalliberalen geschehen. Dies liegt fortwährend der Schlüssel der Situation. Es ist charakteristisch, dass die angeführten Verhandlungsergebnisse über die bisher gemachten Vorarbeiten und über den ursprünglichen Vertrag hinreichend sich auf den Boden des Rechts und der Rechtserhaltung stellen. Was wird Manches, was in dieser Hinsicht verstanden oder demnach auf die Öffentlichkeit bringen sollte, mit Besicht aufzunehmen haben. Namentlich entspricht den tatsächlichen Verhältnissen jene Ausfertigung nicht, nach welcher der Herr Ritter eine positive Wirkung der Nationalliberalen an den Steuerplänen des Herrn Ritter in einer Beziehung der bekannten Preussischen Union gefordert werden konnte. Dieser Einseitigkeit, welche sich das Centrum für die Durchführung des Reformplans anmaßt und welcher (durch Aufrechterhaltung der Nationalliberalen) der parlamentarischen Charakter des Reichs nach dem Willen der Ultraliberalen bedenklich ist, ist nachdrücklich etwas zu sagen, und wie die an ihn gestellten Forderungen der Öffentlichkeit nicht in Erfüllung gegangen, so ist auf liberaler Seite das Interesse, den Art. 7 aus dem Verfassungsgesetz von 1879 herauszuheben, erheblich stärker geworden. Einzig und allein um die Nationalliberalen abzuweisen, wird kein nationalliberaler Abgeordneter für Brau-, Oel- und Zuckersteuer stimmen, ganz abgesehen davon, dass nicht möglich ist, wie das Verordnungsgegenstand für Preußen angeführt werden soll, wenn die Grundsätze des neuen Steuerplans nicht, eben auf Grund der französischen Union, d. h. als Uebersetzung aus dem Reich vornehmlich jenseits 120 Millionen, in die Taschen der Einzelnen fließen.

Man schreibt uns aus Berlin vom Donnerstag: „Wäre nicht heute ein so feierliches Fest (Epiphania), so hätte der preussische Landtag seine besten Kräfte wieder aufzuweisen. So geht man nicht allein der heutige, sondern auch der morgige Tag verloren, denn die Centralverwaltung haben bei früheren Gelegenheiten schon wiederholt erklärt, dass sie nicht zuzulassen sein wollen, an einem Sonntag oder Festtage zu sitzen. Da hiernach der Wiederbeginn der Sitzungen auf einen Sonntag hat anberaumt werden müssen, so kann man erwarten, dass auch dieser Tag ein solcher der Woche sein wird, und dass die Sitzung auf diesen Tag verlegt werden wird. Umal von den Führern der Parteien werden abermals noch manche vermisst werden. Herr von Bismarck selbst hat an dem Spitz eine Commis, das auf dem morgigen Abend zu einem Conzerte aller Corpsführer und Kameraden eingeladen hat, und Herr v. Helldorf in einer Kaffeehaus, in diesen Tagen in Bismarck einen Vortrag zu halten, mit der Erklärung, dass dem Wege gegangen, dass er am Montag bei dem Beginn der zweiten Sitzung des Reichstages, zu dem er beabsichtigt schon eine ganze Reihe grundsätzlicher Änderungsanträge eingebracht hat, auf seinem Wege in Abgeordnetenhause sein müsse. Da die Session ihrem Ende entgegensteht und noch ein ungenügendes Arbeitsmaterial aufzubringen ist, wird die Regierung sich doppelt bemühen, so sie im gegenwärtigen Stadium noch mit neuen gesetzgeberischen Entwürfen kommen kann. Herr v. Scherzer-Kill stellt bekannt, dass er hat während der Ferien erklärt, dass wenn bei seiner Rückkehr nach Berlin noch keine Vorlage wegen der bismarckischen Erbfolge eingegangen sei, er die Regierung wegen des Grundes dieser Verzögerung interpelliren werde. Und doch weiß er, dass wenn dieser Befehl ausführt noch erschiene, derselbe nicht die von ihm und seinen „Bismarckianer“ gewöhnliche Fassung haben würde. Aber er hat nun einmal öffentlich ausgesprochen, dass er im Notfall, wenn eben nicht Bismarck zu erlangen wäre, für ein Gesetz nach dem Willen der Nationalliberalen über die Erbfolge stimmen werde. Das wollen ihm auch Herr v. Bismarck und Herr v. Helldorf nachgeben, aber sie lassen nicht die Regierung es ab, wichtige Arbeiten des Landtags noch in dieser Session dadurch aufhalten zu lassen.“

Die „Vossische Zeitung“ meldet, hätte sich doch der Führer der Conservativen, Abg. v. Rauchhaupt, unmittelbar nach Schluss der am 29. December stattgefundenen Sitzung der Verwaltungs-Commissarien nach Friedrichshagen begeben und dort auf directer Einladung des Reichstages. Es soll dort nicht nur Beratungen über den Steuerreform- und das Verordnungsgegenstand gegeben worden sein, sondern auch eine Besprechung über die jüngste Wagnahme der russischen Regierung, betreffend die Erhöhung der Abgabe. Daraus wird geschlossen, dass die Conservativen im Abgeordnetenhause die Initiative zu einer Verordnung der Angelegenheit ergreifen werden. — Ueber den Gegenstand wegen Verhängung der Teufelstunde ist bekannt, dass die Verträge in der Form einer Novelle zum Strafgesetzbuch ausgearbeitet sind. Nachdem die Materie bereits vor mehreren Monaten von den Landesregierungen in bejahendem Sinne entschieden

worden ist, hat das Reichsjustizamt den bezüglichen Entwurf bearbeitet und, wie es scheint, auch bereits vollendet. Die Verträge dürften nächstens dem Bundesrath beschließen.

Wenn die Wiener Blätter gut unterrichtet sind, so ist von Oesterreich-Ungarn der Vorschlag ausgegangen, das griechische Cabinet anzufordern, seine Kämpfe einzustellen. Aus Konstantinopel wird jedoch gemeldet, dass die Frage des Schiedsgerichtes noch vollständig in der Schwebe sei, die Mächte ihre Verhandlungen fortsetzen, um das einmal größte Project durchzuführen, und das somit die Festung auf Erhaltung des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei berechtigt sei. Es scheint in der That, als sei eine Conferenz im Werke, an der auch die beiden streitenden Parteien diplomatisch theilnehmen würden. Dieser Ausweg wäre das Schiedsgericht in anderer Form. Gleichwohl wird gemeldet, dass die Frage über die Vertheilung der angeführten Kundgebungen, dessen Inhalt bereits lebhaft besprochen wurde, in zweifelter Stunde zurückgehalten habe. Die Absicht der Verhandlung wurde allerdings in diesen Schritten zu erkennen sein. Die Nachrichten scheinen in Paris Bestätigung zu finden. Die „Agence Havas“ meldet: „Der Minister des Auswärtigen, Barthélemy St. Hilaire, habe dem Kaiser eine Depeche an die griechische Regierung abgeben lassen, worin derselben anempfiehlt, sich dem Schiedsgerichtsvorschlag, zu welchem Frankreich die Initiative ergriffen habe, anzuschließen. Die Vertreter der Mächte in Athen hätten einen Collectivbescheid in demselben Sinne gegeben, die französische Regierung halte es aber mit Rücksicht auf ihre besondere Lage und ihre Sympathie für Griechenland, sowie weil sie die Initiative zur Vertheilung der griechischen Interessen ergriffen habe, für nicht, nochmals und allein für den Vorschlag einzutreten.“ — Demersford schreibt, dass auch die englische Presse sich anlehnt, Griechenland zum Frieden zu ermahnen. Die „Times“ richtet eine feierliche Erklärung an die Griechen, sich nicht blindlings und gegen den Willen Europas in einen Krieg mit der Türkei zu führen. Das Blatt schreibt: „Wenn türkische Panzerfahrer auf der Höhe des Bosphorus erscheinen, wenn ihre Flotten in Vande blühen und wenn Truppen an den tausenden von Punkten, die ihnen offen stehen werden, gelandet sind, wird der griechische Ruf um Hilfe von Europa laut erdröhen, aber er wird vergeblich erdröhen. Es darf hier kein Verthum begangen werden, Griechenland kein Kommando dafür erlassen werden, gegen sich selbst einen Kampf einzulassen, der seine Kräfte bei Weitem übersteigt. Wenn es sich in die Hände Europas begeben will, welche Europa ihm anbietet, verweigert, wenn es jeden Compromiss verwirft und seinen Minderen patriotischen Impulsen freien Lauf lässt, wird es die Folgen tragen müssen und zu spät die Thore einer Ueberlieferung einsehen, die für es selbst höchst verhängnisvoll sein wird.“

In mehreren Landgemeinden der Umgebung Wiens sind in Folge der letzten Tage von dieser unbefangenen Person aufwiderliche Traktate socialdemokratischer Inhalts verbreitet worden, welche indess die Empfänger der Verbreitung übergeben haben. Der Inhalt jener Schriften bestimmte jenseit gegen den „angelegenen Steuerreform“, der die Umvertheilung in „Märzzeit“ zu Grunde richte. Abkom werden die „Verordnungen“ Steuerreform der Nationalliberalen und nationaldemokratischen Republik angeführt und im socialdemokratischen Sinne mit den Steuern der „ersten europäischen Mittelstaaten“ verglichen, welche die Arbeitskräfte und den Wohlstand der Landbevölkerung nicht zur Unterstützung gelangen lassen. Augenblicklich bedrängten die Socialdemokraten die Regierung, welche gegenwärtig einen Theil der ober- und niederösterreichischen Landesbevölkerung erkaufte, in ihrem Sinne anzunehmen, was ihnen aber bei dem vorliegenden praktischen Stande der Parteien, die allen nachstehenden Theorien abhold, jedenfalls nicht gelingen dürfte.

Die „Neue freie Presse“, die in wahrhaft heldenmüthiger Weise den Kampf gegen das gegenwärtige Ministerium Lauffe zu Gunsten des Reichstages in Oesterreich und im Interesse eines selbstständigen Reiches zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn fortsetzt, unterzieht das letztere abermals einer sorgfältigen Untersuchung. „Es ist gut“, schreibt das Wiener Blatt, „unsern auf die Bedeutung des deutschen Reichthums für Oesterreich hinzuweisen. Nicht als ob die jetzige Regierung für Oesterreich oder Wien machen würde, an dem Werke vom September 1879 zu rütteln. Nein, der große Gedanke, der denselben zu Grunde liegt, steht auch dem gegenwärtigen Cabinet heiligem Eide ein. Aber über die Höhe der heutigen Minister vorzuziehen wird und jenseitig zu werden wünschen; Männer, die römisch und feindlich, die durch und durch antideutsch sind. Darum sprechen wir heute von dem hohen Werthe, den das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich für beide Staaten besitzt, und unsere Worte sollen gleichzeitig eine freundliche Mahnung für jene Reichthümer in Berlin sein, die mit dem Ministerium Lauffe liebäugeln, und eine ernste Warnung für die künftigen Besitzer unserer Vaterlande, welche das nationale, beste und heilsamste Bündnis, das Oesterreich je geschlossen, gerne untergraben möchten.“ Das Blatt signalisirt gleichzeitig Annäherungsversuche Russlands. Von einer Wiedereröffnung der weissen Allianz dürfte indessen heute ernstlich kaum die Rede sein. Ein Blick in die offizielle Berliner Presse liefert die Gründe dafür.

Ein charakteristischer Beitrag zur Kennzeichnung des Deutschen in Russland liefert die folgende Depesche der „Weserzeitung“ von dort: „In der Presse dort wieder der Deutschhass. Was anders als der Jude, ist hier der Deutsche. Alle Schwärzer geht von ihm aus. Daraus in Deutschland kein ein Prozess mit einigen grundlegenden Abgaben, der den vornehmten Herren nicht zur Genuge gereicht — eine Deutsche geht es nicht an, führt der „Globe“. Die Ordnung verlangt es, dass bei jeder schmerzlichen Geschichte, die sich auf Russlands Erde ereignet, wenigstens ein Deutscher mit dabei sei. Ein Deutscher Namens Fischer ist der Agent eines der Geschäftler, auf den der Kaiser geachtet ist, obwohl er in den Prozess gar nicht verwickelt ist.“

Am nächsten Sonntag finden in Frankreich die Generalwahlen statt. Die Liberalen bieten alle Mittel an, um aus dem Zweifelpart der Republikaner Vortheile zu ziehen. Demnach sind die Kuffischen des Ultra-

montanismus herlich schied. Die „Republique Francaise“ weist auf den politischen Charakter dieser Wahlen hin und ermahnt zur Einmüthigkeit. Die Seiten der Commune beuten den Tod Blanqui's an, um sich wichtig zu machen und ihren Ansehen an den Wahlen sicher zu stellen. Gladstedenweit ist Kritik an den Wahlen begründet, dass der Regierung die Republik so sehr ist. Schwärze und rothe Demagogie der Majorität gehend ist. Schwärze und rothe Demagogie sind jetzt in Frankreich ohne Einfluss. — Bei der Wiedereröffnung der Session wird der Kriegsminister drei Gelegenheiten auf den Tisch der Republikaner niederlegen: über die Verbesserung in der Armee, über die Ausgliederung des Sees in allen Waffengattungen und über die Einrichtungen der Einjährig-Freiwilligen und die Bedingungen, unter welchen Schullehrer und Diener der verschiedenen Gattungen des Militärdienstes leisten werden können. Außerdem bereitet der Kriegsminister einen vierter Gegenstand vor, welcher den Zweck hat, ein eigenes Artilleriecorps für die Festungen, wie dieselben in Deutschland besteht, zu errichten. Das jetzt werden Abteilungen von der Artillerie beordert, um für begrenzte Zeit den Dienst in den Fests zu versehen.

In London hat endlich — am Donnerstag Nachmittag 2 Uhr — die Eröffnung des Parlaments stattgefunden. Die Thronrede wurde durch den Vorkanzler Lord Salisbury verlesen. Dem Redner waren nur wenige Mitglieder anwesend, dagegen wählten viele Deputirte der Opposition bei Unter den anwesenden Mitgliedern befanden sich auch Parnell und Gessien. Die Thronrede bezieht sich auf die Bedingungen zu den auswärtigen Mächten als freundschaftlich. Ueber die Herstellung der griechisch-türkischen Grenze fanden fertige Verhandlungen zwischen den Mächten statt; mehrere wichtige Theile des Berliner Vertrags, die so lange Zeit schon unangeführt waren, nähmen fertige die erste Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch. Die Thronrede weist ferner auf das Schicksal des Territoriums hin, welches in Irland befreit, die Wirtschaft der Gegend, veränderte und private Rechte, sowie die Ausübung der Bürgerpflichten beeinträchtigt. Die Regierung werde außerordentliche Maßnahmen ergreifen, um die Ordnung wieder herzustellen und das Leben und das Eigentum, sowie die persönliche Freiheit der Bürger zu beschützen. Ueber die Regierung diese Maßnahmen als ihre erste Pflicht ansehe, bezog dieselbe den unangenehmen Wunsch, die Beschlüsse der Irlande vorzuführen in der Verbesserung der Gesetzgebung für Irland und zu dem Ende die Berücksichtigung der Grundsätze des Gesetzes vom Jahre 1870 vorzuschlagen. Die Prinzipien einer Vorlage an, welche für die irischen Grundsätze eine locale Autonomie nach ähnlichem Systeme, wie viele Autonomie für England befreit, herstellen soll. Ferner werden ein Gegenstand wegen Aufhebung der Corporationen in der Armee und Marine und noch einige andere Vorlagen von localem Interesse angeführt. Zur näheren Weiterentwicklung der englischen Autorität in Transvaal wurde kein Gegenstand ergriffen, der auf den in diesem Jahre müssig notwendigem eine Verlegung der Absicht der Regierung, den europäischen Colonien vollständige locale Autonomie ohne Benachtheiligung der Interessen der Eingeborenen zu gewähren, zur Folge haben. Die Befestigung Kanakars durch englische Truppen werde nicht aufrecht erhalten werden. — Ein Telegramm von gleichem Tage gibt noch den folgenden Zusammenhang:

Unterhaus. Der Generalsecretar für Irland, Herter, kündigt an, dass er morgen (Freitag) eine Bill zum besseren Schutze der Fischen und des Fischweils in Irland, sowie ferner wegen des Schutzes und der Fällung von Wäldern und endlich wegen der Unterstützung der öffentlichen Werke beantragen werde. Von Parnell wird die Opposition dagegen angekündigt. Der Herr Herter macht die Mitteilung, dass er am Montag die Rede über den Schutze der Fische für jeden Tag und auf so lange beantragen werde, bis derselben eine Erlaubnis gegeben werden kann. Zu der an die Königin zu richtenden Adresse wird von Parnell ein Amendement angekündigt, welches sich gegen die Aufhebung der Constitution in Irland richtet. Hr. Curtis kündigt ein Amendement zur Adresse an, welches indessen der Zustimmung des Parlaments über die Vorkanzler in Irland genehmigte Annahmen befreit werden sollen. Die Adresse wird von Herter beantragt und von Parnell unterstützt. — Im Oberhause wurde ebenfalls die Unterstützung begehrt. Das Oberhaus wird immer mehr herfschritte. Selbst Wälder der irischen Fischweils werden den Territorien der Nationalliberalen. Ein nichtwichtiges Amendement, das hauptsächlich ebenfalls mit der Landtagation in Verbindung steht, wurde am Montag in früher Morgenstunden in Dublin verlesen. Während in einem Privatbaue in Rudingplantage ein Französischer Gasthaus, wurde die Wälder plötzlich durch eine laute Explosion erschrockt. Sammelnde Häuser wurden zerstört und zwei junge Mädchen während des Tanzes schwer verletzt. Auch die Wälder der benachbarten Häuser wurden in harte Mittelbeintheil gezogen. Auf einer Feuerherde wurde land man später die Leberreste eines Hundes, sowie Spuren einer großen Quantität Pulver, dessen Entzündung die Explosion verurteilt. Es ist in der That heute Zeit, dass Regierung und Parlament diesem unheimlichen Zustande ein Ende machen.

Die spanische Thronrede, deren sehr umfangreicher Inhalt jetzt vorliegt, wird von der Berliner Presse lebhaft commentirt. Der König sagt dazu, dass die Lage des Landes eine hoffnungsvolle sei und dass er die Cortes mit besonderer Aufmerksamkeit eröffnen habe. An seiner Seite befindet sich seine Gemahlin, welche die gleiche Rede zum Vaterlande habe wie er selbst. Er würde die Kinder, welche ihnen die Vorführung schenken sollte, würdig seinen Namen erziehen. Der Optimismus der Thronrede spricht sich ferner in folgenden Sätzen aus. In den sechs Jahren seiner Regierung seien die constitutionellen Freiheiten des Landes mächtig gemacht und seine Revolution, an dessen Spanien früher gekrankt habe, sei aufgefunden. Ueber die Zustände der Armee und Marine äußerte sich Seine Majestät wörtlich dahin: „Die neuen, meine Herren, das jetzt die Macht und jede Nation auf ihre Vertheidigung bedacht sein soll. Deshalb hat man, als die Notwendigkeit sich fühlbar machte, unsere Kriegsmarine einen größeren Impuls gegeben, so dass sie heute in kurzer eine beträchtliche Anzahl von Kreuzern besessen wird.“ Den Finanzen rühmt der König ein längeren Posten, indem er die Lage Cuba's befreit. Schließlich brüht der Monarch sein Vertrauen aus, dass die Kammer dem Lande zeigen werden, dass Spanien niemals aus etwas zu beneiden habe, was sich auf die anfrichtige Praxis der parlamentarischen und repräsentativen Regierung bezieht.“ Die